

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Raden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Veranstaltungen: Öffentliche Stadtkontrollen, Dresden, Haupt d. Arbeit, Angelegenheiten u. Beamten, Abt. Dresden, Gewerkschaften, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen im Inhalt des Blattes ist es durch oder über einen Einfluss höherer Instanzen, bei der Ausgabe der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Heimatspreis mit der staatlichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Kultur, Sport“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M. einschließlich 15 Pf. Prämienlohn. (Ohne Postzuschlag 2 M. einschließlich 15 Pf. Prämienlohn.) Postzuschlag nur mit „Sonntag“ 1,00 M. zusätzlich Post- und Befreiungsgebühren.

Druckerei: Zeitungsverlag 10, Bernauerstr. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsstelle: Zeitungsverlag 10, Bernauerstr. 25 261 u. 19 707.
Wochenausgabe von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Monatszeitschrift 30 Pf., die 20 mm breite Monatszeitschrift 2 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2,00 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Verleihsuche 20 Pf. netto, für Briefnachdruck 10 Pf. Einzelz. 10 Pf.

Nr. 17

Dresden, Freitag, den 20. Januar 1933

44. Jahrgang

Spiel mit dem Staatsstreich

Neue Pläne zur Ausschaltung des Reichstags - Nazipartei zur Beihilfe bereit Die Sozialdemokratie warnt

„Staatsnotstand“ als Vorwand

Heute findet im Reichstag eine Sitzung des Ausschusses statt. Verhandlungsgegenstand ist die Entscheidung der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Reichstags. Dabei ist die ausschlaggebende Voraussetzung, daß an der Entscheidung des Ausschusses vom 1. Januar, nach der der Reichstag auf den 24. Januar einzuberufen werden soll, festgehalten wird. Andererseits melden sich immer wieder Zweifel, ob nicht am Ende doch noch wieder neue Verfassungsanträge kommen und eine Wehrheit finden, und diese Ungeklärtheit hat ihre guten Gründe. Die rechtsprechende Presse macht der Regierung den Vorwurf, ein sogenanntes Reißbrotrecht zu erlassen und den Reichstag auf ein Jahr zu verlagern, damit die Regierung ungehindert arbeiten könne. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Ausschaltung des Reichstags ohne Billigung durch eine Zweidrittelmehrheit einen Bruch der Verfassung zur Folge hätte, ist den „autoritären“ Regierungen hinreichend Gelegenheit gegeben worden, zu arbeiten. Gehindert wurden sie daran vor allem durch die Gegenstände in der Sache der kapitalistischen Interessenten, haufen, neuerdings durch den Gegensatz zwischen den Forderungen der Industrie und denen der Landwirtschaft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Berlin schreibt unser Berliner Büro:

Es ist in den letzten Tagen unendlich viel hin und her verhandelt worden. Schleicher, Papen, Hitler, Eugenberger, Zacher — um nur die Prominentesten der Rechten zu nennen — waren eifrig am Werk. Aber es stand für all diese Verhandlungen verhältnismäßig wenig Zeit zur Verfügung, und irgendein greifbares Ergebnis scheint bisher nicht herausgekommen zu sein. Eine neue Verfassung des Reichstags würde den Spielraum für die Fortsetzung der Mischleiten hinter den Kulissen erweitern.

Es ist auch keineswegs sicher, ob der Reichskanzler von Schleicher heute noch ebenso wie vor zwei, drei Wochen den Wunsch nach einer schnellen Klärung der Situation vor dem Reichstag hegt. Man könnte sich jedenfalls vorstellen, daß er auch noch Zeit gewinnen möchte, nachdem sein Vertrauen in den Erfolg der sogenannten Straßer-Lösung ins Wanken geraten ist.

Und die Nationalsozialisten? Nun, es wird ihnen nichts anemachen, noch einmal ihre eigenen Worte zu streifen. Sie haben so lange gegen Schleicher gedonnert, ohne ihre drohenden Ankündigungen wahrzumachen, daß sie die Fortsetzung dieser Komödie keine große Ueberwindung kosten würde. Außerdem können sie sich darauf berufen, daß sie ja auch am 1. Januar nicht für den 24. gestimmt haben.

Nur wäre es ihnen sehr lieb, wenn die Initiative zu der neuen Verdrängung von einer anderen Partei ausgehen würde. Sie möchten sich gern vergemäßen lassen. Aber bei den anderen Parteien — es kommen natürlich nur die kommunistischen in Betracht — bestehen dieselben Bedenken. Keine möchte das heiße Eisen anfassen, jede fürchtet die Kritik der Öffentlichkeit.

Ueber die Stellung der Sozialdemokratie braucht kein Wort verloren zu werden: sie hält am 24. Januar fest. Sie verlangt die Erklärung der Reichsregierung mit nachfolgender Debatte, an die sich die Abstimmung über die Wehrtruppenanträge anschließt. Sie hält es für dringend notwendig, wie wir endlich aus dem gefährlichen Nebel der Unklarheiten, in dem alle möglichen unverantwortlichen Elemente ihr Wesen treiben können.

Die Parteien sollen in aller Offenheit erklären, wie sie zu dem Kabinett Schleicher und seiner Politik stehen und welche Maßnahmen sie fordern! Das zu wissen, hat die gesamte Wählerschaft ein Recht.

Die Sozialdemokratie vermag sich auch denen nicht anzuschließen, die mit Rücksicht auf die Wirtschaft eine Entscheidung, der Auflösung und Neuwahlen folgen können, immer weiter hinausschieben wollen. Ein Zustand, in dem niemand weiß, wer morgen oder übermorgen die Richtlinien der Politik bestimmen wird, ist für die Wirtschaft noch unerträglicher als eine neue Wahlkampagne.

Aber legen wir einmal den Fall, der Reichstag träte am dem bezeichneten Termin zusammen — auch dann gibt es

nach verschiedene Möglichkeiten. So wird z. B. von der Reichstags-Versammlung der Gedanke eines Ermächtigungsgesetzes für die Regierung in die Debatte geworfen. Das hieße eine Selbstverleugung oder man kann auch sagen eine Selbstauschaltung des Reichstages für eine bestimmte Zeit. Warum ein solcher Weg eingeschlagen werden soll, und warum ihn gerade ein Organ des Zentrums anregt, ist nicht sehr klar. Gibt es im Parlament eine Zweidrittelmehrheit für ein Ermächtigungsgesetz, so gibt es er recht eine einfache Mehrheit für Ablehnung der Wehrtruppenanträge. Daß das Zentrum aber diesen Vorschlag im Interesse eines Kabinetts macht, das das des Herrn von Schleicher ablehnen könnte, ist deshalb kaum anzunehmen, weil die neue Regierung ihm wahrscheinlich weit weniger genehm sein würde als die gegenwärtige.

An der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Bildung arbeiten ja diejenigen Kreise, die, wie Hitler, Eugenberger und Papen, die Harzburger Front wiederherstellen möchten. Sie begründen ihre Bemühungen zwar auch mit dem Wunsch, einen Wahlkampf zu vermeiden, aber wirkliches Ziel ist, der Reaktion Schwärzer Färbung in den Sattel zu verhelfen.

Und endlich die dritte Möglichkeit: Schleicher löst auf, läßt aber in der verfassungsmäßigen Frist nicht neu wählen. Auch davon wird wieder gemunkelt. Wir wären ohne weiteres geneigt, dieses Gerücht als unsinnig abzutun, wenn wir nicht wüßten, daß der Reichskanzler schon bei seinem Amtsantritt mit ähnlichen Gedanken gekämpft hat. Daher ist es nicht verwunderlich, die Stimme der lebhaftesten Warnung und des heftigsten Protestes gegen einen Schritt zu erheben, der nichts anderes wäre als ein starrer und vollendeter Verfassungbruch. In dem einen Punkte unterschiedlich sich doch bisher der gegenwärtige Reichskanzler von seinem Vorgänger: er suchte eine offene Provokation der Arbeiterschaft zu vermeiden. Sollte er, um sich zu retten, von dieser Linie abzuweichen, so würde er einen Sturm entfesseln.

der, von allem anderen abgesehen, jeden Ansat zu einer Verbesserung der Wirtschaftslage zerstören müßte.
Aber wie dem auch sei — auf alle Fälle ist baldige Klarheit über das, was ist, und das, was werden soll, dringend notwendig.

Breitscheids Antwort an Schleicher

Berlin, 21. Januar. (Eig. Funk.) Im Berliner Kreis Reichstagsdemokraten sprach am Donnerstagabend der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Rudolf Breitscheid, über die politische Lage und behandelte dabei die Gerüchte, die davon sprechen, daß das Reichskabinett von Schleicher den Reichstag auflösen wolle, ohne Neuwahlen zum verfassungsmäßigen Termin auszuschieben. „Dieser Plan“, so sagte Breitscheid, „würde mir vollkommen absurd erscheinen, wenn mir nicht der General von Schleicher, als ich vor seiner Verfassung zum Reichskanzler im Auftrage der SPD, bei ihm war, die Frage vorgelegt hätte: Würde die Sozialdemokratie, wenn der Reichstag wegen Arbeitsunfähigkeit aufgelöst und die Frist der Einberufung von Neuwahlen nicht eingehalten würde, deshalb auf die Verfassung verzichten? Ich antwortete ihm: Auf die Verfassung will ich mich nicht festlegen, aber für die gesamte Arbeiterschaft wäre eine solche Handlung Veranlassung, mindestens mit allen ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen einen solchen Verfassungbruch vorzugehen. Eine solche Provokation der Arbeiterschaft würde ohne Zweifel die härtesten Stürme herbeiführen.“ Diese Darlegungen Breitscheids wurden von der Versammlung mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und durch lebhafteste Zustimmung unterstützt.

Vorbereitung des Parteitag

M. Frankfurt a. M., 19. Januar. (Eig. Bericht.) Mit großem Eifer wird in Frankfurt a. M. zur Zeit der Marx-Parteitag der Sozialdemokratie, der vom 12. bis zum 18. März 1933 stattfindet, vorbereitet.
Für die auswärtigen Gäste des Parteitages ist besonders die Eröffnungslundgebung am Sonntag, dem 12. März, von Wichtigkeit. Diese Kundgebung wird mit einem riesigen Demonstrationsszug durch die Straßen Frankfurts eingeleitet. Die Eröffnung selbst erfolgt in der Halle, die etwa 20 000 Menschen faßt. Als Auftakt zur Begrüßungsfeier bringen die Arbeiterjugend eine zum Marx-Parteitag gedichtete und komponierte

Wir stoßen vor

Sozialdemokratische Arbeit gegen Sozialreaktion - Erste Erfolge Hilfsbedürftigkeitsprüfung beseitigt - Wieder 20 Wochen Unterstützung

D. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zum mindesten auf den Stand wieder zurückzuführen, den sie vor Beginn der Notverordnungspolitik hatten. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags ist es ihr am Donnerstag bereits gelungen, einige ihrer Anträge zum Wiederaufbau der Leistungen in der Sozialversicherung durchzuführen.

Einstimmig wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die durch die Papen-Verordnung vom 16. Juni 1932 eingeführte Hilfsbedürftigkeitsprüfung für die Gewährung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung aufgehoben wird. Bemerkt muß werden, daß die Nationalsozialisten sich erst nach einigem Zögern dazu entschlossen, diesem Antrag zuzustimmen.

Die Notverordnung hatte die Unterstützungsbauer in der Arbeitslosenversicherung auf 6 Wochen beschränkt. Ein von der Sozialdemokratie gestellter Antrag, dem der Ausschuss beigetreten ist, verlangt, daß sie wieder auf die Dauer von 20 Wochen erhöht wird.

Der Ausschuss stimmte dann einem sozialdemokratischen Antrag zu, der die Aufhebung der Rückzahlungs- und Rückzahlungspflicht fordert. Zugleich wurde eine Entschädigung

angenommen, durch die die Reichsregierung ersucht wird, die für die Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Sozialversicherung von dem Erwerblosen zu leistenden Pflichtbeiträge aus öffentlichen Mitteln sicherzustellen. Die Regierung soll auch dafür Sorge tragen, daß die Fortsetzung der Mitgliedschaft in der zuständigen Krankenkasse erfolgt.

Der Sozialpolitische Ausschuss begann dann mit der Beratung der Anträge, die zur Krankenversicherung gestellt worden sind. Abg. Lilla (Soz.) verlangte, daß die durch Notverordnung eingeführte Krankenkassen- und Kräftegebühr wieder aufgehoben wird und auch die Vorschriften beseitigt werden, die die Gewährung von Wechsellieferungen der Krankenkassen unterbinden.

Bemerkenswert war eine Äußerung des Staatssekretärs Wriester, wonach man auch für den Lebensabend des Arbeiters und Angestellten „eine frohe Botschaft“ schaffen müsse. In diesem Zweck müsse man ihnen die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung überantworten, damit die Versicherten die Sozialversicherung in ihrem Sinne gestalten könnten. Als die Sozialdemokraten fragten, ob das so zu verstehen wäre, daß die Versicherten bei voller Selbstverwaltung auch die Beiträge allein aufzubringen hätten, gestand der Staatssekretär zu, daß der Unternehmeranteil bei den Beiträgen ein Stück des Lohnes sei.